



Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog Rohstoffindustrien

Gemeinsame Erklärung zum Gesetz über kritische Rohstoffe

Die Europäische Kommission hat angekündigt im März 2023 ein Gesetz über kritische Rohstoffe (Critical Raw Materials - CRM) vorzulegen. Die Sozialpartner des europäischen Sozialdialogausschusses der Rohstoffindustrien - industriAll European Trade Union, Aggregates Europe - UEPG, der Europäische Verband der Kaliproduzenten (APEP), der Europäische Verband für Kohle und Braunkohle (Euracoal), der Europäische Verband der Bergbauindustrie für Metalle und Mineralien (Euromines) und die Industriemineralien-Vereinigung Europa (IMA-Europe) - begrüßen die Initiative der Kommission, sich mit der Sicherung der notwendigen Rohstoffversorgung für wichtige Wertschöpfungsketten zu befassen. Sie fordern einen starken und kohärenten politischen Rahmen, in dessen Mittelpunkt der soziale Dialog steht. Die Initiative kommt zur rechten Zeit, wenn man bedenkt, dass im letzten Jahr die Versorgungsengpässe aufgrund der Pandemie und des russischen Einmarsches in die Ukraine deutlich wurden und dass andere Weltregionen und Volkswirtschaften strategisch verstärkte Anstrengungen unternehmen, um ihre eigene Versorgung zu sichern oder ihre marktbeherrschende Stellung weiter zu konzentrieren.

Rohstoffe sind eine wesentliche Voraussetzung für zahlreiche europäische Industrien und bieten 350.000 Arbeitsplätze in der EU sowie mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze in den nachgelagerten Sektoren.

Im Rahmen eines nachhaltigen Entwicklungsszenarios und auf der Grundlage des derzeitigen Wissensstands prognostiziert die Internationale Energieagentur (IEA) im Vergleich zu heute eine Vervierfachung des Mineralienbedarfs für saubere Energietechnologien bis zum Jahr 2040 bzw. eine Versechsfachung bei einem schnelleren Übergang, der bis zum Jahr 2050 weltweit zu einem Netto-Nullverbrauch führt. In einer vollständig elektrifizierten Wirtschaft werden Lithium, Nickel, Kobalt, Mangan, Graphit, Seltene Erden, Kupfer und Aluminium in weitaus größeren Mengen benötigt werden. Die Nachfrage nach Lithium steigt am schnellsten - bis 2040 um mehr als das 40-fache -, gefolgt von Graphit, Kobalt und Nickel mit etwa dem 20- bis 25-fachen. Der Ausbau der Stromnetze bedeutet, dass sich die Kupfernachfrage für Kabel im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt. Kohle ist derzeit die größte Einnahmequelle für Bergbauunternehmen - zehnmal größer als die Einnahmen aus den Mineralien der Energiewende -, aber das wird sich ändern und Möglichkeiten schaffen, Kohlebergleute in neuen Bergbauprojekten einzusetzen.

Mineralische und metallische Rohstoffe sind heute in Europa wichtiger denn je. Sie bilden den Eckpfeiler der dringlichsten und ehrgeizigsten Ziele der EU, vom grünen und digitalen Wandel bis hin zur EU-Sanierungswelle. Europa ist jedoch derzeit unvorbereitet, was den heimischen Abbau betrifft, und in hohem Maße von anderen Ländern abhängig, wenn es um strategische und wichtige Rohstoffe geht. Das stellt Europas Autonomie, aber auch Europas Fähigkeit zur Erfüllung seiner Versprechen in Frage. Die Sozialpartner der Rohstoffindustrien sind davon überzeugt, dass Initiativen des sozialen Dialogs dazu beitragen können, verantwortungsvolle und nachhaltige Rohstoffe aus Europa und anderen Ländern zu sichern, und dass sie eine Rolle beim gerechten Übergang zu einer kohlenstofffreien Wirtschaft spielen müssen. Starke und unabhängige Sozialpartner und Tarifverhandlungen werden eine nachhaltige

Rohstoffindustrie mit guten Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechten, einer sichereren und gesünderen Umwelt, Arbeitszufriedenheit und guten Löhnen gewährleisten.

Mit dieser gemeinsamen Erklärung fordern die Sozialpartner der Rohstoffindustrien:

- **Der Geltungsbereich des Gesetzes muss von kritischen auf strategische und wesentliche Rohstoffe ausgeweitet werden und das Gesetz sollte in „EU-Rohstoffgesetz“ (EU-RMA) umbenannt werden, um den erweiterten Geltungsbereich widerzuspiegeln.** Die Bestimmung strategischer und wesentlicher Rohstoffe muss umfassend und dynamisch sein, da die angekündigte EU-Politik nur mit dem gesamten Spektrum an primären und sekundären Rohstoffen erreicht werden kann und nicht nur mit einer Reihe von im Voraus festgelegten Mineralien und Metallen. Nur so kann auf künftige Trends und Entwicklungen bei strategisch wichtigen und wesentlichen Rohstoffen reagiert und Anpassung vorgenommen werden. Bei guter Planung und unter Berücksichtigung eines starken sozialen und nachhaltigen Rahmens könnte die Rohstoffgewinnung eine Chance für den Strukturwandel in kohle- und kohlenstoffintensiven Regionen sein. Sie bietet das Potenzial für eine Diversifizierung und Chancen für heutige und künftige qualifizierte Arbeitskräfte in diesen Regionen. So könnte die Deindustrialisierung verhindert und eine Diversifizierung ermöglicht werden, und dies muss auf europäischer Ebene kohärent gefördert werden.
- Das CRM-Gesetz/EU-RMA muss gute Arbeit und gute Arbeitsbedingungen wirksam sichern, die Rechte der Arbeitnehmer*innen schützen, einen wirksamen sozialen Dialog auf Branchen- und Unternehmensebene unterstützen und alle Sozialpartner in die Entwicklung des Sektors einbeziehen. Die soziale Dimension muss auch die erforderliche Verbesserung von Fertigkeiten, Aus- und Weiterbildung abdecken, einschließlich der Unterstützung oder Schaffung geeigneter Schulungen und der Steigerung der Attraktivität dieser Berufe durch die Gewährleistung guter Arbeitsbedingungen. Der Schutz der Arbeitnehmer*innen in der Rohstoffindustrie und bei Recycling-Aktivitäten erfordert eine feste Zusage für Arbeits- und Gesundheitsschutz (die Identifizierung neuer Arbeits- und Gesundheitsschutzrisiken im Zusammenhang mit (kritischen) Rohstoffen ist dringend erforderlich). Eine starke Gleichstellungsperspektive wird diese Fragen vorantreiben müssen.
- **Das CRM-Gesetz/EU-RMA muss die inländische Versorgung begünstigen.** Eine erste Rechtsvorschrift muss darauf ausgerichtet sein, die Versorgung mit kritischen, strategischen und wesentlichen Rohstoffen aus **europäischen Vorkommen** und die **Kreislaufwirtschaft** zu priorisieren und zu fördern. Eine zweite, nachfolgende Rechtsvorschrift muss sich auf Handelsvereinbarungen mit Drittparteien und Drittländern für jene kritischen, strategischen oder wesentlichen Rohstoffe konzentrieren, die nicht in EU-Vorkommen verfügbar sind, wobei der lokalen Versorgung innerhalb der EU Priorität eingeräumt werden muss.
- **Nachhaltig und verantwortungsbewusst beschaffte Rohstoffe bedürfen einer klaren Definition, die eine soziale Säule und die Perspektive der Sozialpartner einschließt.** Die Zusammenarbeit der Sozialpartner und Tarifverhandlungen werden eine nachhaltige Rohstoffexploration, -gewinnung, -veredelung, -verarbeitung und -verwertung mit guten Arbeitsbedingungen, einer sicheren und gesunden Umwelt, Arbeitszufriedenheit und guten Löhnen gewährleisten. Wie es in der Entschließung des EP zum CRM-Gesetz heißt: **„Eine verantwortungsvolle Beschaffung in der EU kann nur auf einem wirksamen sozialen Dialog basieren, der die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer*innen fördert, gute Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen sichert und die Rechte der Arbeitnehmer*innen durch die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter schützt“.**

- Hohe, intern angewandte und anerkannte Umweltstandards für den heimischen Abbau unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips auf Ebene der Europäischen Union bieten eine wirksame Grundlage für den Schutz der Umwelt, das Verhindern von Umweltverschmutzung, den Erhalt der biologischen Vielfalt und der Wasserressourcen und stehen im Einklang mit der auf europäischer Ebene vereinbarten Verringerung der CO₂-Emissionen, was zu einer **Dekarbonisierung der mineralgewinnenden Industrie** führt. Eine angemessene Antizipation und Planung des Auslaufens der Abbau- und Bergbautätigkeiten sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Die Sozialpartner sollten sich auf einen Beschäftigungsübergang für die Arbeitnehmer*innen während der Sanierung alter Abbau- und Bergbaustandorte verständigen. Alle relevanten Interessengruppen müssen die Kommunikation und den effektiven Dialog über die Aktivitäten der Rohstoffindustrie verbessern, um negative Auswirkungen auf die öffentliche Meinung zu vermeiden.
- Die Kartierung der Mineral- und Metallressourcen in der EU und den EWR-Ländern muss mit koordinierten EU-Anstrengungen angegangen werden, um ein besseres und stets aktuelles Verständnis zu gewährleisten. Die EU braucht eine EU-Rohstoffagentur, die die Aufgabe hat, aktuelle geologische Informationen zu koordinieren, spezifische Abbau- und Bergbauprojekte in den Mitgliedstaaten zu ermitteln, den Bedarf an Risikominderung zu definieren und als Schnittstelle zwischen den Projekten der Mitgliedstaaten zu fungieren. Ein koordiniertes Vorgehen und der Datenaustausch, um Gelder in Explorationsprojekte zu lenken, ist ebenfalls eine wichtige Aufgabe, der sich eine solche Agentur stellen muss. Euro Geo Surveys (EGS) und seinen nationalen Mitgliedsorganisationen sollte eine starke Rolle beim Aufbau einer Wissensbasis über das geologische Potenzial Europas und bei der Schaffung einer Projektbasis für die Gewinnung von Steinen und Erden und den Bergbau in Europa zukommen.
- Mangelnde Investitionen in die Mineralienexploration und später langwierige, unvorhersehbare und komplexe Genehmigungsverfahren behindern die Aufnahme von Abbau- und Bergbauprojekten in der EU. **Oberste Priorität des EU-Rohstoffgesetzes muss die Bereitstellung von Instrumenten zur Straffung der Genehmigungsverfahren für strategische und wichtige Rohstoffprojekte und zur Optimierung ihrer Rahmenbedingungen sein.** Alle „gestrafften und schnelleren Genehmigungsverfahren“ müssen sich auf das Stärken und Verbessern der Verwaltungskapazitäten konzentrieren, zum Beispiel durch die Digitalisierung der Genehmigungsverfahren, die Aufstockung des Personalbestands oder die Einrichtung einer einzigen Anlaufstelle, und nicht auf die Umgehung von Umwelt- und Sozialstandards oder Schutzmaßnahmen. Die Vereinbarkeit von Aktivitäten der mineralgewinnenden Industrie und der Natur muss weiter gefördert werden.

Im Hinblick auf die verschiedenen Säulen des künftigen EU-Rohstoffgesetzes (EU-RMA) betonen die Sozialpartner der Rohstoffindustrie außerdem Folgendes:

- Um die Recyclingquoten zu verbessern, muss ein starker Fokus auf die Kreislaufwirtschaft gelegt werden. Es gibt ein enormes Potenzial für die Verwendung von Sekundärrohstoffen, aber es bleiben Herausforderungen. Dies erfordert mehr Anreize, Investitionen und Maßnahmen für das Sammeln und Sortieren, für Ökodesign und die Kontrolle von Schrottverlusten. Mehr Aufmerksamkeit sollte auch dem Potenzial von Bergbauabfällen gewidmet werden, was eine Chance für die Regionen im Strukturwandel darstellen könnte. Ein Ziel sollte die Stärkung der Rolle der Gewinnung von Steinen und Erden und des Bergbaus in der Kreislaufwirtschaft sein. Die Kommission sollte auch prüfen, wie die Gewinnung kritischer, strategischer und wesentlicher Rohstoffe aus Bergematerial oder anderen Bergbauabfällen gefördert werden kann.



- Europa muss bei Forschung, Entwicklung und Innovation eine Vorreiterrolle übernehmen. Um den Bedarf an kritischen Rohstoffen in der Produktion zu verringern, brauchen wir mehr Anreize und öffentliche Unterstützung für Substitution, Recycling und Ökodesign.
- Sekundärrohstoffe aus der Kreislaufwirtschaft werden den Bedarf an Primärrohstoffen aus Vorkommen innerhalb und außerhalb Europas nicht beseitigen. Die EU muss daher sicherstellen, dass bei der Beschaffung dieser Rohstoffe aus außereuropäischen Quellen die EU-Rechtsvorschriften und -Standards zu sozialen und ökologischen Aspekten vollständig eingehalten werden.

Die Sozialpartner der Rohstoffindustrien haben sich verpflichtet, die Europäische Kommission bei der Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des CRM-Gesetz/EU-RMA zu unterstützen, um eine sichere, nachhaltige und erschwingliche Versorgung mit primären und sekundären Ressourcen und gute Beschäftigung in diesen Sektoren zu gewährleisten.